

Erweiterung der Grundschule Ringsee, Geisenfelder Straße 48, 85053 Ingolstadt
- Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)

Antrag:

- 1.) Auf Basis der vorliegenden Vorplanung LP 2 wird für die Erweiterung der Grundschule Ringsee an der Geisenfelder Straße 48 die Projektgenehmigung erteilt.
- 2.) Die Kosten für den Erweiterungsbau in Höhe von **5.906.000 €** werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel wurden auf den Haushaltsstellen 211000.940060 (GS Ringsee Erweiterung), und 211000.935060 (GS Ringsee, Erstaussstattung) zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 3.) Dem Einbau von dezentralen Lüftungsgeräten in den Klassenräumen des Erweiterungsbaus wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten in Höhe von **89.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel wurden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee, Erweiterung) zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 4.) Der Installation der Waschbecken in den Klassenzimmern wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten in Höhe von **15.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel wurden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee, Erweiterung) zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 5.) Der Installation einer PV Anlage mit einer Gesamtleistung von 21,6 kWp und einem 10 kWh Speicher wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten in Höhe von **53.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltsstelle 871000.935093 (GS Ringsee, PV-Anlage) bereitgestellt.
- 6.) Der Errichtung eines begrünten Retentionsdachs wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten im Gegensatz zu einem Foliendach in Höhe von ca. **10.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee Erweiterung) bereitgestellt. Eine mögliche Förderung für das Retentionsdach ist noch in Prüfung.
- 7.) Dem Vorrichten der Anschlüsse für die Möglichkeit einer späteren Nachrüstung der reinen Ausgabeküche zu einer Aufbereitungsküche (Cook & Freeze/ Chill mit frischer Zubereitung von Salaten/ Desserts) wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten von **5.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee Erweiterung) bereitgestellt.
- 8.) Die Freigabe der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Ausschuss für Kultur und Bildung	08.07.2025	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	10.07.2025	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	24.07.2025	Vorberatung
Stadtrat	29.07.2025	Entscheidung

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 08.07.2025

Herr Hoffmann informiert, dass die Erweiterung sechs Klassenzimmer in zwei Obergeschossen sowie einen neuen Speiseversorgungsbereich vorsehe. Der Neubau bestehe im Erdgeschoss aus einer Massivbauweise. Auf eine Unterkellerung habe man aus Kostengründen verzichtet. Da der Baugrund in Ingolstadt bekanntlich oftmals nicht ganz optimal ist, würden auch hier tiefe Bohrpfähle benötigt, was eben zur Folge hat, dass das Erdgeschoss in Massivbauweise errichtet werden muss. Die beiden Obergeschosse würden in Holzbauweise errichtet werden. Herr Hoffmann erklärt, dass bei dieser Beschlussvorlage erstmals das System ein bisschen geändert wurde. Es würde keine reine Gesamtsumme vorgelegt werden, sondern man habe in Zeiten der Haushaltskonsolidierung bewusst mehrere einzelne Beschlusspunkte erarbeitet. Diese stellten zum einen den Grundpreis der Maßnahme dar, zum anderen Kosten für Teilmaßnahmen, über deren Notwendigkeit, Umsetzung und Kosten separat entschieden werden könne. Er schlägt vor, über diese Punkte separat abzustimmen, sodass die Möglichkeit bestehe, sich darüber klar zu werden, welche Punkte Sinn machen. Weiter informiert Herr Hoffmann über die Prüfung eines reinen Massivbaus. Dieser sei tatsächlich günstiger, aber energetisch von der Gesamt-Ökobilanz her ungünstiger. Beim Holzbau werde der Betrag über die Förderung sozusagen egalisiert. De facto wird es nicht teuer, betont Herr Hoffmann.

Frau Schmid ergänzt, dass die Stadt Ingolstadt selbst bei der Mittagsbetreuung an diesem Standort nicht zuständig sei, sondern ein freier Träger, die Kolpingakademie mit der Schule im offenen Ganztage. Diese würden ihr Essen mit Warmanlieferung bekommen, was bedeutet, dass der Küchenaspekt, wie vorgeschlagen, mitaufgenommen würde. Würde die Stadt Ingolstadt als Träger mal reingehen, wäre das sehr gut, da man dann schon dieses System hätte. Im Moment sei dies nicht notwendig, aber für die Zukunft könnte man sich einen nachträglichen Einbau sparen.

Stadtrat Köhler möchte in Erfahrung bringen, ob die Kosten für einen nachträglichen Einbau einer Vollküche doppelt so hoch wären.

Herr Hoffmann antwortet, dass diese Annahme nicht korrekt wäre, da das Planungsteam gewisse Vorrüstungen bereits getroffen habe.

Stadträtin Krumwiede möchte wissen, weshalb es die dezentralen Lüftungsgeräte braucht. Diese würden bestimmt einen Grund haben. Trotzdem könnte man meinen, dass man in der Post-Corona-Zeit mit Stoßlüften bestens zurechtkomme.

Herr Pröbstle antwortet, dass das Thema Lüftung einen hohen Stellenwert habe. Mit der dezentralen Lüftung minimiere man die Kosten gegenüber einer zentralen Lösung. Da die Schule einer Straße zugewandt ist und der Verkehr nicht allzu schlimm sei, würde man durchaus die Fenster auch mal öffnen können. Die dezentrale Lüftungsanlage wäre hier allerdings eine gute Option.

Stadtrat Achhammer möchte wissen, was ein dezentrales Lüftungsgerät genau bedeutet. Weiter setzt er sich dafür ein, dass in Grundschulen, auch in der Grundschule Haunwöhr, Waschbecken in den Klassenzimmern berücksichtigt werden. Was die PV-Anlage und den Speicher angehe, müsse man seiner Ansicht nach auf alle Fälle mitgehen. In der CSU-Stadtratsfraktion sei die Art des Daches kontrovers diskutiert worden. Stadtrat Achhammer

persönlich würde ein Gründach begrüßen. An den Finanzreferenten gewandt, möchte er in Erfahrung bringen, ob die zusätzlichen Kosten von 172.000 Euro durch eine Gegenfinanzierung vom Referat gedeckt seien. Wenn dies der Fall sei, würde er mit gutem Gewissen zustimmen können.

Stadtrat Dr. Schuhmann begrüßt die Verwaltungsvorlage, insbesondere wegen der Diskussion um die Waschbeckenminimierung und eines Verzichts auf die Retensions-Begrünung. In Anbetracht der anderen Verwaltungsvorlagen und der Preissteigerungen, würde er die Integration einer Art Risikoplanung zur Rückstellung befürworten.

Herr Fleckinger antwortet, dass die Kämmerei in der Vorlage ausgeführt hat, dass durch entsprechende zusätzliche Fördermittel dieser Mehraufwand gedeckt werden könne.

Herr Pröbstle ergänzt, dass man ursprünglich bei der Programmgenehmigung für das Gesamtprojekt bei einer Fördereinnahme von 1,5 Mio. Euro lag. Inzwischen sei man bei über 3,4 Mio. Euro Fördereinnahmen, die man generieren könne. Die Mehrausgaben wären über diese zusätzlichen Fördereinnahmen gedeckt.

Herr Hoffmann pflichtet Stadtrat Achhammer bei, was ein Gründach angehe. Dies sei auch seine Empfehlung an die Stadtratsmitglieder. Im Sinne des sommerlichen Hitzeschutzes sei dieser Aspekt enorm wichtig. Ein Foliendach gehe seiner Ansicht nach schneller kaputt und die Kiesschüttung heize sich zusätzlich zum Beton unten drunter als Speichermasse auf. Durch ein Gründach würde das Bauteil darunter eine Kühlung bekommen. Was die dezentralen Lüftungsgeräte betreffe, erklärt Herr Hoffmann, dass pro Raum ein Aggregat zur Verfügung stehe, was Kühlung in den Raum bringe. Auf dem Dach gäbe es einen Rückkühler oder alternativ irgendwo an der Fassade. Diese würden zwar keinen Schönheitspreis gewinnen, aber seien günstiger als eine zentrale Kühlungsanlage.

Herr Pröbstle verdeutlicht, dass mit den dezentralen Lüftungsgeräten lediglich gelüftet werde. Nur über die Lüftung in der Nacht würde gekühlt. Ein Vorteil ist, dass in jedem Raum ein Lüftungsgerät vorhanden sei. So würden die Lehrkräfte selbst, zusätzlich zu einer zentralen Steuerung auch die Möglichkeit haben, das Gerät selbst zu bedienen. Der Luftaustausch soll vor allem während der Nacht stattfinden, was aber zentral gesteuert wird, betont Herr Pröbstle.

Stadtrat Dr. Schickel bekräftigt, dass Waschbecken in Klassenzimmern nach wie vor dringend erforderlich seien. Weiter vertritt er die Meinung, dass den Kindern beigebracht werden sollte, dass das Essen nicht nur aus der Tiefkühltruhe komme, sondern tatsächlich zubereitet werden müsse. Insofern sei eine entsprechende Küchenausstattung, die dann auch nachgerüstet werden könne, unabdingbar. Ebenso sei seiner Meinung nach eine Lüftungsanlage zwingend notwendig, gerade im Hinblick auf die künftige Herausforderung durch den Klimawandel.

Stadträtin Leininger begrüßt die Verwaltungsvorlage, insbesondere wie z.B. die Vorteile einer Holzbauweise hervorgehoben werden. Sie würde sich wünschen, dass solche Aspekte immer mehr in Vorlagen aufgezeigt würden. Weiter pflichtet sie Stadtrat Dr. Schickel bei, was die Lüftung in den Schulen angehe.

An Stadtrat Dr. Schuhmann gerichtet, antwortet Herr Hoffmann, dass in den 195.000 Euro der Verwaltungsvorlage bereits ein Risikopuffer aufgenommen sei. Hierzu gebe es auch eine Tabelle, in der die Risiken und die Eintrittswahrscheinlichkeit grob aufgeführt seien.

Stadtrat Reibenspieß wirft das Thema Möblierung auf. Seinen Kenntnissen zufolge seien bis auf eine Grundschule alle anderen sehr unglücklich mit den rollbaren Stühlen und Tischen. Diese Art von Möblierung sei nicht erwünscht. Zudem sei diese Möblierung wesentlich teurer als die übliche Ausstattung. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung fragt sich Stadtrat Reibenspieß, ob es nicht angebracht wäre, auf die Schulleitungen zuzugehen und ihnen das günstigere und praktischere Mobiliar anzubieten.

Herr Grandmontagne antwortet, dass die Frage der Möbelausstattung im Rahmen der Konsolidierung diskutiert würde. Die Tatsache, dass die Möbel teurer seien, könne er bestätigen. Auf den zweiten Blick stimme dies jedoch auch wieder nicht, da sich der höhere Preis durch die flexible Anwendung amortisiere. Es bewahre davor, dass für verschiedene Körpergrößen gekauft werden müssen. Mit dieser Grundausrüstung würden die Klassen über die Jahrgänge flexibel ausgestattet werden können, sodass man sich eine Einzelausrüstung spare.

Frau Bürkl ergänzt, dass diese mobile Ausstattung extrem wichtig für die multifunktionale Nutzung der Räume sei, und zwar vormittags für den Unterricht und nachmittags für den Ganztags auch als für die Betreuungsräume. Diese Möbel würden verschoben werden können und man würde die Klassenräume somit auch für die Betreuung nutzen können. Dies sei ein ganz wesentlicher Faktor für das multifunktionale Nutzungskonzept an den Schulen. Frau Bürkl informiert über eine kürzlich stattgefundene gesonderte Veranstaltung mit den einzelnen Schulleitungen bezüglich der Möblierung. Das Ergebnis war, dass die Schulen auf diesem Wege mitgehen.

Herr Grandmontagne möchte in Erfahrungen bringen, weshalb die Schulleitungen unglücklich seien.

Stadtrat Reibenspieß antwortet, dass die verstellbaren Stühle nicht stapelbar seien. Die Flexibilität, die angesprochen worden sei, sei von Schule zu Schule unterschiedlich. In Mailing habe man ein eigenes Gebäude für die Mittagsverpflegung, was andere Schulen nicht haben. Dass alle Schulen über einen Kamm geschert würden, war ein Argument von den Schulleitungen, was Stadtrat Reibenspieß aus den Gesprächen mitgenommen habe. Die Schulen würden individuelle Ansprüche haben und wollen nicht alle das Gleiche aufgedrückt bekommen.

Frau Bürkl betont, dass man an den Schulen einen gewissen Standard benötige. Diese multifunktionale Nutzung funktioniere nur mit dieser mobilen Ausstattung. Aus diesem Grund habe man erneut ein Gespräch mit den Schulleitungen geführt und das Konzept vorgestellt. Es sei sogar eine Firma dabei gewesen, welche die vorhandenen Bedenken ausräumen haben könne. Das Ergebnis sei die finale Feststellung, dass man diesen Weg gemeinsam gehe.

Stadtrat Lipp möchte wissen, ob auch der Einbau von Klimaanlage geprüft worden sei. Im Sommer sei viel Solarstrom vorhanden. Dieser könnte auf diesem Wege eine sinnvolle Verwendung finden. Im Winter würde ebenfalls so geheizt werden können, wenn die Sonne scheint.

Die Verwendung von Klimaanlage sei geprüft worden, antwortet Herr Hoffmann. Allerdings sei diese Variante leider nicht die allergünstigste in Zeiten der Haushaltskonsolidierung.

Stadträtin Mader erkundigt sich, ob die Lautstärke der Lüftungsgeräte so leise sei, dass sie auch während des Unterrichts eingeschaltet werden können.

Herr Hoffmann meint, dass die Lüftungsgeräte im Vergleich zu den Lüftungsgeräten, die während Corona im Einsatz waren, nicht lauter seien. Nach den reinen Dezibel-Vorschriften seien sie leise genug, um sie auch während des Unterrichts nutzen zu können.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.